



Gustav Herzog
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 -7 7343
Fax: (030) 227 -7 6427
Email: gustav.herzog@bundestag.de
Web: www.gustav-herzog.de

Gustav Herzog MdB | Platz der Republik | 11011 Berlin

Bürgergruppe für Lärmschutz an der Bahn
c/o Dr. Ludwig Steininger

Riedlingerstr. 3

D-85614 Kirchseeon bei München

Berlin, 28.11.13
br

Ihre Email vom 15. November 2015

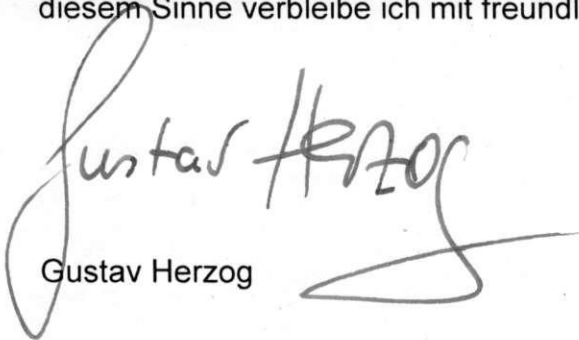
Sehr geehrter Herr Steininger,

ich danke Ihnen für Ihre Email und Ihre offenen Worte. Ich bedaure, dass Sie unsere Bemühungen als wenig ambitioniert bewerten und die normative Kraft des Gesetzgebers versagt sehen. Ein für den Schutz vor Schienenlärm konzipiertes Lösungspaket muss jedoch unterschiedlichen Leitlinien gerecht werden. Es muss (a) in der Lage sein, Bahnlärm nachhaltig zu reduzieren, es muss (b) politisch durchsetzbar und (c) finanzierbar sein sowie (d) keine Güter auf die Straße verlagern, damit wir nicht sämtliche klima- und verkehrssicherheitspolitischen Ziele über Bord werfen müssen. Nicht zuletzt dürfen Maßnahmen dieses Lösungspaketes gesamtwirtschaftlich betrachtet nicht dazu führen, dass Güterverkehre und damit auch alle Güter verteuert werden.

Wir stehen in Fragen des Lärmschutzes in diversen Spannungsfeldern politischen Handelns, die nicht immer mit unserem politischen Willen übereinstimmen und schon gar nicht mit den finanziellen Realitäten. Ich möchte es an der Verdopplung der Lärmsanierungsmittel festmachen, die Sie als Heilsversprechen deklassieren. In einem laufenden Haushalt bedeuten 100 Mio. Euro mehr, dass sie an anderer Stelle eingespart werden müssen oder weniger ausgegeben werden können. Diese von uns eingeforderten Mittel wurden von CDU/CSU in den Koalitionsverhandlungen strittig gestellt. Wie Sie dem ausgehandelten Koalitionsvertrag nun entnehmen können, konnten wir zwar zentrale Forderungen unseres Wahlprogramms gegen eine wenig ambitionierte Union durchsetzen, eine konkrete Untermauerung der Lärmsanierung mit Finanzmitteln ist jedoch ausgeblieben. Dies ist nicht nur dem Umstand begrenzter Haushaltsmittel geschuldet, es ist auch eine Frage der gesellschaftlichen Anerkennung. Nicht jeder Bundesbürger lebt entlang einer Bahnlinie und nicht alle sehen in Bahnlärm ein Problem. Stattdessen wird kritisch nachgefragt, warum man denn hierfür 200 Mio. Euro öffentliches Geld ausgeben soll, während sich in ihrer Heimatgemeinde der LKW-Schwerverkehr durch die Ortsmitte wälzt und die seit 20 Jahren geplante Ortsumgehung nicht gebaut wird, weil die 3 Mio. Euro nicht aufgebracht werden können.

Unser Lösungspaket sah vor, die Lärmsanierung mit zusätzlichen 100 Mio. Euro zu beschleunigen, die Umrüstung durch eine effektivere Spreizung der Trassenpreise anzukurbeln und durch ein Verbot der Graugusssohlen 2020 zu unterstreichen. Ein flächendeckendes Monitoring sollte die Lärmentwicklung überwachen und ihre Nachhaltigkeit sicherstellen und nicht zuletzt wollten wir die rechtlichen Möglichkeiten für ordnungspolitische Maßnahmen erweitern, um notfalls auch mit Nachfahrverboten durchgreifen zu können. Als Eigentümer der DB AG wollten wir auch die Vorbildfunktion der DB in die Pflicht nehmen. Dies waren die Forderungen, mit denen wir in die Koalitionsverhandlungen eingetreten sind, 80-85% konnten wir gegen eine CDU/CSU durchsetzen, die im Grunde alles weiter aussitzen wollte.

Dieses Arbeitsprogramm bedeutet nicht, dass es entlang der Bahnlinien morgen leiser wird, das sollte allen Beteiligten klar sein. Dennoch setzen wir unsere Kräfte ein, um auch gegen politische Widrigkeiten die Welt etwas leiser zu machen. In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen



Gustav Herzog